XVII. Sitzung.

Rats-Protokoll

über die

außerordentliche Sitzung des Gemeinderates der auton. Stadt Steyr

am 24. Oktober 1919 um 3 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von zwei Vertretern in den Ortsschulrat der Gemeinde Gleink
2. Wahl von zwei Vertretern in den Fachschulausschuß.
3. Beschlußfassung über allfällige Ausgabe von Notgeld zu 10 und 20 Heller.
4. Beschlußfassung über den Ausbau der elektrischen Leitung nach Stein.
5. Beschlußfassung über die Einführung der elektrischen Beleuchtung in den Wohnhäusern auf Ennsleiten.
6. Beschlußfassung über die Eingabe der Elektrizitätswerke Steyr über Erhöhung der Licht- und Strompreise.

Anwesende:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Josef Wokral.

Die Herren Vizebürgermeister Johann Mayrhofer, Franz Nothhaft und Karl Dedic.

Ferner die Herren Gemeinderäte:

Franz Aigner	Fritz Krottenau
Heinrich Bachmayr	Alois Lebeda
Prof. W. Brand	Michael Neuhold
Johann Baumgartner	Dr. Peyrer-Angermann
Anton Chalupka	Ludwig Reisinger
Josef Eisterlehner	Alfred Rudda
Karl Fischer	Markus Ruckerbauer
Anton Frühwald	Michael Schörkhuber
Dr. Ulrich Furrer	Anton Schwandtner
Anna Grömmer	Leopold Steinbrecher
Rudolf Hitzelhammer	Franz Tribrunner
Karl Klement	Marie Zachhuber
Berta Kisely	Zeilinger Gangolf.

Vom Magistrate: Magistratsdirektor Dr. Franz Habl.

Als Schriftführer: Protokollführer Karl Ridler.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral begrüßt die erschienenen Herren und Frauen Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt um halb 4 Uhr die Sitzung für eröffnet.

Infolge einer vor der Gemeinderatssitzung mit einem Vertreter der Elektrizitätswerke in Angelegenheit der Tagesordnung stattgehabten neuerlichen Besprechung mußte sich der Beginn der Gemeinderatssitzung verzögern

Wird zur Kenntnis genommen.

Als Beglaubiger dieses Protokolles werden die Herren G.-R. Lebeda und Neuhold gewählt.

Vor Eingehung in die Tagesordnung bringt der Herr Vorsitzende zur Kenntnis, daß eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen vorliegen und zwar:

Ein Dringlichkeitsantrag der II. Sektion betreffend Aufnahme eines Darlehens per 4,500.000 K bei der o.-ö. Landeshypothekenanstalt in Linz zum Ankaufe und Ausbaue der Häuser auf der hohen Ennsleiten.

Der Gemeinderat beschließe, bei der o.-ö. Landeshypothekenanstalt in Linz ein Darlehen in der Höhe von 4,500.000 K gegen 4% Zinsen, ½% Amortisation, ¾% Regiebeitrag zum Ankaufe und Ausbaue der Häuser auf der hohen Ennsleiten aufzunehmen. Seitens der Landeshypothekenanstalt wird der Stadt Steyr eine Bonifikation von 5% der Darlehenssumme per 4,500.000 K, das sind 225 000 K gewährt; als Pfandobjekt dienen die Häuser auf der Ennsleiten. Beim o.-ö. Landtag ist um die Genehmigung zur Aufnahme des Darlehens sofort einzuschreiten.

Steyr, am 22. Oktober 1919.

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages erteilt der Herr Vorsitzende Herrn Vizebürgermeister Nothhaft das Wort.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft führt aus, daß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 8. Oktober l. J. die Erwerbung und Fertigstellung der Häuser auf der hohen Ennsleiten beschlossen und den Magistrat beauftragt habe, zwecks Aufnahme des erforderlichen Darlehens von 4,500 000 K die Erhebungen einzuleiten. Herr Bürgermeister Wokral hat in dieser Angelegenheit mit den Herren Direktor Graßl und Kurator Bruckschlögl Verhandlungen gepflogen, welche zu einem sehr günstigen Resultat geführt haben. Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstande, als schon am nächsten Dienstag im Landtage die Darlehensaufnahme der Stadt Steyr verhandelt werden soll, wozu der Beschluß des Gemeinderates zur Aufnahme des Darlehens heute notwendig ist.

Der Gemeinderat stimmt der dringlichen Behandlung des Antrages zu.

Zum Antrage selbst führt Herr Vizebürgermeister Nothhaft aus, daß das Darlehen von der Landeshypothekenanstalt in sehr kulanter Form gegeben werde, als außer dem billigen Zinsfuße und einer günstigen Amortisationsquote noch eine Bonifikation von 5% der Darlehenssumme per 4,500.000 K, das sind 225.000 K, gewährleistet wird, welcher bereits einen a konto Nachlaß auf das Darlehen bedeutet und diese 225.000 K wahrscheinlich schon als erste Abschlagszahlung verbucht werden können, so daß die Gemeinde um die 225.000 K weniger zu zahlen haben wird. Für dieses Entgegenkommen könne man der Landeshypothekenanstalt nur dankbar sein. Es ist aber auch in der Zuschrift der Landeshypothekenanstalt ausgesprochen worden, daß

sie bereit sei, im Falle, als in absehbarer Zeit der Zinsfuß allgemein beispielsweise auf 2 oder 2½% sinken würde, auch die Gemeinde um die Ermäßigung des Zinsfußes einschreiten könne. Der Sektionsantrag wolle daher vom Gemeinderate angenommen werden.

Der Gemeinderat beschließt einhellig die Annahme des Sektionsantrages.

Herr Bürgermeister Wokral bemerkt hiezu, daß nunmehr zu hoffen stehe, daß die Angelegenheit des Ankaufes und Ausbaues der Häuser auf der hohen Ennsleiten zu einem gedeihlichen Abschluß kommen werde und dadurch für die Gemeinde die geringst möglichste Belastung erreicht werden wird, so daß für die Gemeinde ein nicht allzugroßer jährlicher Betrag als Zuschuß zu den Gesamtamortisierungskosten des Unternehmens verbleibt.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral bringt sodann den zweiten Dringlichkeitsantrag der II. Sektion zur Kenntnis:

„Der Gemeinderat beschließe den Ankauf der im beiliegenden Schätzungsbefunde verzeichneten Maschinen und Werkzeuge in der Artilleriewerkstätte in Steyr um den Schätzungswert

von	K 80.127·—
samt 12% Zuschlag	„ 9.615·24
Zusammen .	K 89.742·24

Die hiesigen Gewerbetreibenden seien aufmerksam zu machen, daß eine Verpachtung ins Auge gefaßt wird und daß die nötigen Informationen im Stadtbauamt erteilt werden."

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages erteilt der Herr Vorsitzende Herrn G.-R. Bachmayr das Wort.

Herr G.-R. Bachmayr führt aus: „Schon seit längerer Zeit schweben zwischen der Stadtgemeinde und der Treuhandstelle Verhandlungen, welche den Ankauf der Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Artilleriewerkstätte beinhalten. Am 21. Oktober l. J. wurde von der Treuhandstelle ein Verzeichnis der Gegenstände samt dem Kostenverzeichnisse übermittelt. Da um diese Zeit schon die Tagesordnung für die heutige außerordentliche Gemeinderatssitzung ausgegeben war, ist die Verhandlung nur mehr im dringlichen Wege möglich".

Der Gemeinderat stimmt sodann der dringlichen Behandlung des Antrages zu.

Zum Antrage selbst führt Herr G.-R. Bachmayr aus: „Wie bekannt, ist in den letzten Kriegsjahren die Artilleriewerkstätte durch Zubauten bedeutend vergrößert worden und ein großer Betrieb entstanden, in welchen auch die hiesigen Geschäftsleute die Möglichkeit besaßen, große Arbeiten und Verdienstmöglichkeiten zu finden. Es ist mithin ein wirtschaftlicher Vorteil der Stadt, dessen Verlust durch Auflösung der Artilleriewerkstätte droht. Die Treuhandstelle drängt auf Veräußerung der Werkstätteneinrichtungen und ist es daher dringlich, daß der Gemeinderat über den vorliegenden Sektionsantrag schlüssig werde."

Der Dringlichkeitsantrag wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral bringt den weiteren Dringlichkeitsantrag zur Kenntnis, welcher lautet:

Dringlichkeits-Antrag

des G.-R. Dr. Peyrer-Angermann und Genossen, betreffend Errichtung einer Zollamtsnebenstelle in Steyr.

„Diese Schritte wurden seit 1861 wiederholt unternommen und scheiterten fast nur an der Lokalfrage.

Heute haben wir infolge der politischen Neugestaltung des Staates das Ausland allseits in die nächste Nähe gerückt und ist fast die überwiegende Ein- und Ausfuhr von Gütern des hiesigen Bahnhofes mit dem Ausland in Beziehung; das nächste Zollamt ist Wels.

Die Gefertigten beantragen: Der Gemeinderat beschließe, gemeinsam mit dem Handelsgremium Steyr und dem industriellen Ortsverband um die Errichtung einer Zollamtsnebenstelle in Steyr einzuschreiten und zur Durchführung der Vorarbeiten eine Kommission einzusetzen.

Steyr, am 24. Oktober 1919.

Dr. Peyrer-Angermann m. p. Bachmayr m. p. Aigner m. p. Brand m. p. Schörkhuber m. p. Dr. Furrer m. p. Eisterlehner m. p. Rothhaft m. p. Tribrunner m. p. Krottenau m. p. Fischer m. p."

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages erteilt der Herr Vorsitzende dem Antragsteller das Wort.

Herr G.-R. Dr Peyrer-Angermann führt aus: „Für die Dringlichkeit spricht am besten der Umstand, daß durch die geänderten politischen Verhältnisse das Ausland uns viel näher gerückt ist und eine Zollamtsnebenstelle auch hier in Steyr dringend benötigt wird, weiters, daß in nächster Zeit eine Reorganisation in unserer Staatsfinanzverwaltung zu erwarten steht. Heute ist es ganz gut möglich, aus dem Stande der Finanzbeamten von Deutschböhmen und Jugoslawien über geeignete Kräfte für dieses Amt zu verfügen. Aus den vorangeführten Gründen wolle der Dringlichkeit zugestimmt werden."

Die Dringlichkeit wird dem Antrage vom Gemeinderate zuerkannt.

Zum Antrage selbst führt Herr G.-R. Dr Peyrer-Angermann aus: „Was die Sache selbst betrifft, so hat die Gemeinde schon im Jahre 1861 diesen Antrag eingebracht, worüber die Verhandlungen damals mit einer gewissen Ungeschicklichkeit geführt wurden Nunmehr hemmt uns nur die Lokalfrage; für Steyr würden für das Zollamt etwa 15 Personen notwendig sein, daher das Amt an sich nicht zu groß werden Damals wollte sich die Stadtgemeinde durch eine Abfindung vom 6000 fl gegenüber der Staatsverwaltung salvieren, auf welches Angebot die Staatsverwaltung jedoch nicht einging und es der Gemeinde überließ, selbst mehr Interesse für die Sache aufzubringen. Auch waren widerstreitende Elemente in der Handelskammer und Kaufmannschaft zu finden: wenn diese wollte, wollte die andere nicht. Wir müssen aber heute unsere Kohle und fast alle Lebensmittel aus dem Auslande beziehen; der Bestand des Zollamtes in Wels verteuert für Steyr die eingeführten Artikel. Hinsichtlich der Lokalfrage glaubt Redner in der Verwendung des Innerberger-Stadels und der Gendarmriekaserne eine Lösung gefunden zu haben, das statistische Material sei vollkommen fertiggestellt und handle es sich daher faktisch nur um die Lokalfrage. Zum Zwecke des Studiums der Lokalfrage wolle eine Kommission eingesetzt werden.

Herr Vizebürgermeister Rothhaft befürwortet die Dringlichkeit und verweist darauf, daß es wohl ein sehnlicher Wunsch der Kaufmannschaft sei, eine Zollamtsnebenstelle in Steyr zu erhalten. Bei Zusammentritt der Kommission wolle auch das Handelsgremium verständigt werden.

Herr Antragsteller G.-R. Dr. Peyrer-Angermann beantragt ein viergliedriges Komitee zu wählen und ergänzt Herr G.-R. Steinbrecher diesen Antrag dahin, daß auch vom Wohnungsamte ein Vertreter zuzuziehen sei.

Herr G.-R. Dr. Furrer beantragt ein sechsgliedriges Komitee, und zwar wolle auch ein Arzt in die Kommission berufen werden.

Herr Vizebürgermeister Dedic ersucht, bei einem viergliederigen Komitee zu bleiben, da es vollkommen genügen dürfte, und ersucht um Abstimmung.

Der Herr Vorsitzende Bürgermeister Wokral läßt über den weitergehenden Antrag des Herrn G.-R. Dr. Furrer abstimmen, welcher abgelehnt wird.

Der Antrag des Herrn G.-R. Dr. Peyrer-Angermann wird sodann mit Mehrheit angenommen und in die Kommission die Herren G.-R. Dr. Peyrer-Angermann und Tribrunner, sowie die Herren Vizebürgermeister Rothhaft und Dedic gewählt.

Hierauf tritt der Gemeinderat in die Verhandlung der Tagesordnung ein

I. Sektion.

1. Wahl von zwei Vertretern in den Ortsschulrat der Gemeinde Gleink.

Referent Herr G.-R. Chalupka. 33274

Vom Magistrate Steyr wurde an den Bezirksschulrat in Steyr das Ersuchen gestellt, der Stadtgemeinde Steyr hinsichtlich der ihr aus dem Gemeindegebiete Gleink einverleibten Teile der Ortschaften Hausleiten und Stein, deren Kinder zum größten Teile die Schule in Gleink besuchen, zwei Vertreter im Ortsschulrate Gleink zu bewilligen. Der Gemeinderat hat nun auf die Dauer von drei Jahren zwei Vertreter der Stadtgemeinde Steyr in den Ortsschulrat Gleink zu ernennen, bezw. zu wählen.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, die Herren G.-R. Lebeda und Zeilinger in den Ortsschulrat zu entsenden.

Herr G.-R. Prof. Brand bemerkt, daß ein Teil der Bevölkerung aus Bauern bestehe, mit denen wir im guten Einvernehmen leben sollen. Redner ist daher der Ansicht, daß ein Mann aus dem Bauernstande als zweiter vorgeschlagen werden sollte, und zwar Herr Josef Landerl, Landwirt in Stein

Frau G.-R. Zachhuber erwidert, daß nicht bloß die Interessen der Ortsgemeinde Stein vertreten werden sollen, sondern auch die der Stadt Steyr; es besuchen ungefähr 40 Kinder aus Stein die Schule in Steyr und 80 Kinder gehen nach Gleink in die Schule, daher für den Sektionsantrag zu stimmen wäre.

Die über den Sektionsantrag eingeleitete Abstimmung ergab die Annahme desselben.

2. Wahl von zwei Vertretern in den Fachschulausschuß.

Referent Herr G.-R. Chalupka. 33131

Vom Magistrate liegt ein Amtsvermerk vor, welcher lautet: „Zur Neukonstituierung des Schulausschusses für die Fachschule ist gemäß § 2 der Satzungen in den Schulausschuß ein Vertreter des Gemeinderates und vom Gemeinderate ein Vertreter aus dem Stande der metallverarbeitenden Gewerbetreibenden zu wählen."

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, in den Schulausschuß der Fachschule für Eisen- und Stahlbearbeitung die Herren Vizebürgermeister Mayrhofer und G.-R. Aigner, letzterer als Vertreter der metallverarbeitenden Gewerbetreibenden, zu entsenden.

Angenommen.

II. Sektion.

3. Beschlußfassung über allfällige Ausgabe von Notgeld zu 10 und 20 Heller.

Referent Herr G.-R Ruckerbauer.

Zu diesem Punkte liegt uns ein Amtsbericht vor, welchem sich die Sektion vollkommen anschloß und dem Gemeinderate folgenden Antrag stellt: Der Gemeinderat wolle die Herstellung von städt. Papiernotgeld zu 10 *h* und 20 *h* in größerer Menge beschließen, wovon vorläufig

500.000 Stück à 10 *h*	. . . . .	=	*K* 50.000·—
und 250.000 „ „ 20 „	. . . . .	=	„ 50 000·—
750.000 Stück	Summa	.	*K* 100.000·—

in den Verkehr zu bringen sind, während der Rest bis zu einer etwa notwendig werdenden weiteren Ausgabe unter Sperre zu legen ist. Die Herstellungskosten sind noch nicht bekannt.

Herr G.-R. Dr. Peyrer-Angermann. Es handelt sich um die fruchtbringende Anlegung des Betrages von 100.000 *K* und wäre der Sektionsantrag daher in dieser Hinsicht umzustilisieren.

Herr Referent G.-R. Ruckerbauer erklärt, daß die Sektion der Ansicht sei, diese 100 000 *K* in ein Sparkassabuch anzulegen.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft fügt hinzu, daß sich hier in finanzieller Hinsicht die Frage so stelle, daß die Stadtkassa hiedurch nicht benachteiligt werde, sondern nach den Erfahrungen in anderen Städten die Druckkosten wieder hereingebracht werden, weil 10 bis 15% der Noten nicht mehr eingelöst, sondern teils unbrauchbar und teils von Sammlern nicht mehr zurückgegeben werden. Der Sektionsantrag ist daher zu unterstützen.

Herr G.-R. Ruckerbauer empfiehlt, auch in Garsten, Sierning und Gleink dahinzuwirken, daß das Notgeld der Stadtgemeinde auch dort anerkannt werde.

Herr G.-R. Steinbrecher ersucht, die Firma, welche die Drucklegung der Noten übernimmt, geheimzuhalten.

Herr G.-R. Rudda empfiehlt gleichfalls, den Umkreis des Umlaufes des Notgeldes zu erweitern und zwar auf den Gerichtsbezirk Steyr oder gegebenenfalls auf den politischen Bezirk Steyr-Land, zumal die Steyrer Arbeiter ja im ganzen Bezirke wohnen.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer erklärt es als bedauerlich, daß wir in Oberösterreich überall nachhinken; in Deutschland hat schon fast jede Stadt ihr Notgeld und hat damit ein gutes Geschäft gemacht; das Land kann ja keine Schwierigkeiten machen, wir müssen schauen, daß die Briefmarken aus dem Verkehr kommen. Die Bevölkerung sehnt sich nach Notgeld.

Herr G.-R. Krottenau empfiehlt, das Depot bei der Postsparkassa zu hinterlegen, damit das Geld auch durch die Post angenommen und ausgegeben wird, dadurch käme das Geld rasch in Umlauf; vielleicht könnte die Post auch den Stempel daraufgeben, so daß das Geld weiter hinausgegeben würde.

Herr Referent G.-R. Ruckerbauer erklärt sich mit der Weglassung der Firma, welche den Druck übernehmen soll, einverstanden, worauf der Sektionsantrag vom Gemeinderate einhellig angenommen wurde.

III. Sektion.

4. Beschlußfassung über den Ausbau der elektrischen Leitung nach Stein.

Referent Herr G.-R. Zeilinger.

Die Angelegenheit hat schon einmal den Gemeinderat beschäftigt, doch hatte es noch mit der Garantieleistung der Stadtgemeinde eine Schwierigkeit; da das Elektrizitätswerk jetzt nur eine Garantie auf den Betrag von 75.000 *K* begehrt, hat sich die III. Sektion mit der Angelegenheit befaßt und ist zu folgendem Beschluß gekommen:

„Der Gemeinderat beschließe zum Ausbaue der elektrischen Leitung nach Stein von der Gesamtkostensumme von 100.000 *K*, die Teilsumme von 75.000 *K* zu übernehmen und an das Elektrizitätswerk zu bezahlen. Der von den Interessenten in Stein zugesicherte Baukostenbeitrag von 30 000 *K* ist vom Elektrizitätswerke von den Licht- und Kraftabnehmern in Stein einzuziehen, da von den Interessenten in Stein noch vor Baubeginn die Leistung ihres Baukostenbeitrages in rechtsverbindlicher Form gegenüber dem Elektrizitätswerke festgelegt wurde. Vom Elektrizitätswerke Steyr ist der von den Interessenten in Stein eingehobene Baukostenbeitrag von 30.000 *K* der Stadtgemeinde Steyr ehestens nach Eingang zu überweisen. — Die restliche Baukostensumme von 25 000 *K* ist vom Elektrizitätswerke zu übernehmen. Mit dem Baue ist sofort nach erteiltem Auftrage zu beginnen.

Die Stadtgemeinde Steyr behält sich für einen Zeitraum von 10 Jahren, vom Baubeginne an, vor, von denjenigen Einwohnern des derzeit geschlossenen Ortsgebietes Stein, welche an die gegenständliche elektrische Leitung anschließen, einen verhältnismäßigen Baukostenbeitrag, wie er von den gegenwärtigen Interessenten in Stein geleistet wird, für jeden Anschluß zu Gunsten der Stadtgemeinde zu begehren und einzuheben."

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer erklärt, daß es der Wunsch der Interessenten von Stein gewesen sei, den letzten Absatz des Antrages einzufügen; es wurden ursprünglich 500 Lampen angemeldet, wie man in Stein aber hörte, daß zu den Baukosten ein Beitrag zu zahlen sein werde, haben eine Reihe von Besitzer ihre Lampenanzahl auf ein Minimum beschränkt, weil sie glaubten, daß sie dadurch der Beitragsleistung entgehen könnten; es wurde daher diese Frist von 10 Jahren festgesetzt, innerhalb welcher eine Anschlußgebühr zu leisten ist.

Herr Referent G.-R. Zeilinger stimmt diesen Ausführungen zu und bemerkt, daß also die Parteien, die später anschließen würden, genau soviel zu leisten haben werden, wie die ersten.

Der Herr Vorsitzende leitet sodann über den Sektionsantrag die Abstimmung ein, welcher einhellig vom Gemeinderate angenommen wird.

5. Beschlußfassung über die Einführung der elektrischen Beleuchtung in den Wohnhäusern auf der Ennsleiten.

Referent Herr G.-R. Frühwald.

Die Angelegenheit hat den Gemeinderat auch in seiner Sitzung vom 13 September beschäftigt, wurde jedoch damals zurückgestellt und neuerliche Erhebungen aufgetragen. Die Sache drängt aber, als die Bewohner der Ennsleite unmöglich länger ohne Licht sein können. Nun ist der Kaufvertrag perfekt und auch der Zeitpunkt gegeben, für die rechtzeitige Installation Sorge zu tragen. Das Elektrizitätswerk Steyr erklärt, daß heute nur Eisenleitungen gelegt werden können, weil das Werk keine Kupferleitungen besitzt. Der Sektionsantrag lautet: die Arbeiten der Firma Hack zu übergeben, weil diese über Kupfer verfügt; die eiserne Leitung kostet per Lampenanschluß 104 *K*, die Kupferleitung 162 *K*. Es ist selbstverständlich, daß sich eine Kupferleitung viel länger hält als eine Eisenleitung.

Die Firma Hack kann die Arbeiten sofort beginnen, während, wenn die Elektrizitätswerke die Installationen übernimmt, es unmöglich ist, heuer noch Licht zu bekommen. Das Elektrizitätswerk ist mit Arbeiten überhäuft. Redner ersucht, dem Sektionsantrage zuzustimmen Hiezu bemerkt Redner, daß die Gangbeleuchtung und der Waschküchen von der Gemeinde übernommen würde und die Kosten der Installationen in 15 Jahren amortisiert sein würden.

Herr Vizebürgermeister Dedic übernimmt den Vorsitz.

Herr Bürgermeister Wokral. Gegenüber dem Sektionsantrage ist zu bemerken, daß sich das Elektrizitätswerk bereit erklärte, die Einleitung auf seine Kosten zu übernehmen und die Kosten gelegentlich der Stromeinkassierung mit einzukassieren; damit hätte die Gemeinde an der Sache gar nichts weiter zu tun. Die Firma Hack macht die Leitungen allerdings in Kupfer unter der Voraussetzung, daß ihr die Gemeinde die Kosten von 62.000 *K* bezahlt und die Gemeinde selbst die Hereinbringung der Kosten durch einen zum Mietzinse zu erfolgenden Zuschlag übernimmt. Bei der letzten Versammlung wurde die Erfahrung gemacht, daß die Parteien erklären, sie wollen unter keinen Umständen einen Zins von 36 *K* per Monat bezahlen, steht daher zu befürchten, daß, wenn man statt 36 *K* 39 *K* per Monat durch den Zuschlag für Installationen verlangen müßte, ein Sturm losbrechen würde. Herr Bürgermeister ersucht den Gemeinderat in dieser strittigen Frage, ob die Gemeinde oder das betreffende Unternehmen sich selbst die Kosten hereinbringen soll, zu entscheiden Vielleicht könnte man nochmals mit der Firma Hack ~~versuchen~~, daß sie selbst bei Uebernahme der Installationen die Einkassierung ihrer Kosten übernehme.

Herr Referent G.-R. Frühwald erwidert, daß sich diese Frage ganz gleich bleibe; die Installationen müssen auf jeden Fall bezahlt werden. In Linz sei diese Frage längst entschieden. Das Elektrizitätswerk kann freilich leicht stunden, was bei der Firma Hack selbstverständlich nicht so leicht der Fall sein kann. Durch die Uebergabe der Installationen an die Firma Hack würden aber Kupferleitungen gelegt, die denn doch den Wert der Eisenleitungen weit übertreffen. Darüber wird sich jeder Arbeiter klar sein müssen, daß der Zuschlag zum Zinse erfolgen muß und sei daher kein Sturm zu befürchten.

Herr G.-R. Dr. Furrer berichtet, daß er von den Herren Aerzten ersucht wurde, die elektrische Leitung auf der Ennsleiten in Antrag zu bringen, da es den Aerzten bei der Finsternis unmöglich ist, zu Kranken zu gelangen und das Aufsuchen der Baracken schon fast mit Lebensgefahr verbunden sei.

Herr G.-R. Schwandtner verweist darauf, daß kaum ein Jahr vergehen würde, ohne daß keine Reparaturen an den Leitungen notwendig sein würden. Die Leute müssen eben entsprechend aufgeklärt werden. Redner schließt sich den Ausführungen des Herrn Referenten G.-R. Frühwald vollkommen an.

Herr G.-R. Steinbrecher erklärt, daß ihm der Vorschlag des Elektrizitätswerkes sympathischer sei; was die kleine Firma Hack im Stande sei, müsse auch dem großen Elektrizitätswerke möglich sein. Die Elektrizitätswerke haben seinerzeit alle Kupferleitungen heruntergenommen und tun einem die Arbeiter leid, die mit einem solchen Eisenmaterial zu arbeiten haben. Schuld hat nur die Direktion der Elektrizitätswerke, gegen welche man tatsächlich nicht genug mißtrauisch sein kann. Der Vertrag ist von soviel Löchern durchsetzt, daß man das Vertrauen verlieren muß.

Herr G.-R. Bachmayr begrüßt gleichfalls den Antrag, daß das Elektrizitätswerk die Installationen auf eigene Kosten

übernehmen solle und bemerkt hiezu, daß dadurch die Gemeinde selbst mehr aus dem Spiele kommt, da sich die Parteien direkt mit dem Elektrizitätswerke ins Einvernehmen zu setzen hätten und in der mietweisen Abstattung viel ruhigere Ordnung eintrete als die drei Zahlungen für Wohnung, Licht und Installation nicht zu viel getrennt erfolgen müßten.

Herr Referent G.-R. Frühwald nimmt das Schlußwort und warnt, die Bewohner der Ennsleiten durch Verwendung von Eisenleitungen durch das Elektrizitätswerk in Unkosten zu stürzen; hiefür lehne er schon jetzt jede Verantwortung ab. Außerdem wird das Elektrizitätswerk gar nicht in der Lage sein, heuer die Installationen fertigzustellen. Die Firma Hack könnte schon morgen um 7 Uhr beginnen.

Herr Vorsitzender Vizebürgermeister Dedic erkennt, daß der Antrag in zwei Teile zu teilen sei, erstens in dem Antrage auf Vergebung der Arbeiten und zweitens in der Form der Vergebung. Zum zweiten Teile liegt ein Gegenantrag des Herrn Bürgermeisters Wokral vor, die Installation in jener Form zu vergeben, daß die Kosten derselben mietweise, also in monatlichen Raten von der betreffenden Firma selbst eingehoben werden, so daß die Gemeinde im Vorhinein keine Auslagen zu tragen hat; für die Gemeinde handle es sich eben darum, ob sie 70.000 K oder 72.000 K ausgeben will oder nicht.

Herr Vorsitzender Vizebürgermeister Dedic läßt über den Antrag des Herrn Bürgermeisters Wokral abstimmen, welcher mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen wird.

Herr G.-R. Frühwald gibt die Erklärung ab, daß auch die Firma Hack die Installationen in diesem Sinne übernimmt, dies nur aus Rücksicht für ihre Arbeitskollegen, aus deren Kreisen sie stamme.

Diese Erklärung wird zur Kenntnis genommen und beschlossen, die Sektion mit der Durchführung der ganzen Angelegenheit zu beauftragen.

Herr Bürgermeister Wokral übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Bürgermeister Wokral berichtet zum Punkte 6 der Tagesordnung; Beschlußfassung über die Eingabe der Elektrizitätswerke Steyr über Erhöhung der elektrischen Licht- und Strompreise, daß noch Aufklärungen nötig seien. Die bezüglichen Erhebungen werden durch die Herren Fachschuldirektor Wolf und G.-R. Rudda bei Einsicht in die Bücher der Gesellschaft gepflogen, welche jedoch noch zu keinem solchen Resultate geführt haben, daß Herr Direktor Wolf in der Lage gewesen wäre, noch vor der Gemeinderatssitzung das Gutachten schriftlich zu erstatten. Dieser Punkt wird daher heute von der Tagesordnung abgesetzt.

Angenommen.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral erklärt zum Schlusse der Sitzung, dem Gemeinderat eine Mitteilung zu machen verpflichtet zu sein und ersucht, dem Präsidium in gewissen Richtungen Vollmachten zu erteilen. In den letzten Tagen gingen Gerüchte herum, daß mit dem Wirtschaftsbeamten Kern in der städt. Ausgabestelle etwas nicht in Ordnung sei. Tatsache ist, daß der Leiter unserer städt. Ausgabestelle seit einigen Tagen abgängig ist. Montag vormittags war Kern noch im Geschäfte und hatte erklärt, daß er krank sei und deshalb nachmittags zu Hause bleiben werde. Daran war gewiß nichts auffälliges. Am Dienstag sind verschiedene Waren eingelangt und sollten von Kern übernommen werden. Man hat ihn gesucht, mußte jedoch erfahren, daß er angeblich abgereist sei und seiner Frau die Nachricht hinterlassen habe, er hätte in Fett- oder Käsekaufangelegenheit auswärts zu tun, wovon er aber dem Amte keine Meldung machte. Es hieß, er werde wahrscheinlich abends zurückkommen, was aber nicht der Fall war. Inzwischen wurde erfahren, daß er nicht allein abgereist, sondern in Begleitung, so daß vermutet werden mußte, daß er keine Absicht habe, wieder zurückzukehren. Da natürlich der Betrieb nicht stille stehen konnte, wurde veranlaßt, daß Herr Wenger von Linz hieher berufen wurde, um auch die Revision der Bücher und Warenbestände vorzunehmen, damit kontrolliert werde, ob ein Abgang in der Gebarung bestehe oder nicht. An der Revision wirken gegenwärtig Herr G.-R. Baumgartner, Herr Offizial Eder und Herr Rußmann mit. Es liegt aber noch eine Verpflichtung zu einer weiteren Mitteilung vor, da uns zur Kenntnis gebracht wurde, daß über einen Waggon Bohnen zu verfügen sei. Hierüber hat weder das Wirtschaftsamt noch der Wirtschaftsrat Aufklärung geben können und hat es sich herausgestellt, daß der Stampiglienaufdruck auf dem Frachtbriefe mißbrauchend zu einer Manipulation verwendet wurde, um mit Waren Handel zu treiben. Diesen Frachtbrief hat ein gewisser Kahlig übernommen und besteht der dringende Verdacht, daß hier ein Schleichhandel im größeren Ausmaße vorhanden ist. Um die Verabredungsgefahr zu beseitigen, wurde sofort veranlaßt, daß die betreffenden Personen in Verwahrungshaft genommen wurden. Die Untersuchung wird zeigen, inwieweit Schleichhandel vorliegt. Dies bitte ich als Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. Möglicherweise sind damit auch noch andere Personen in Verbindung. Auf Grund der bisher bekannten Tatsachen ist es aber selbstverständlich, daß eine Weiterverwendung des Herrn Kern nicht mehr erfolgen kann und ersuche ich um die Ermächtigung, diese Stelle des Wirtschaftsbeamten sofort zur Ausschreibung zu bringen.

Es muß aber auch gesagt werden, daß seitens des Kassaamtes berichtet wird, daß es ein förmliches Vergnügen war, mit Herrn Kern zu verkehren, daß seine Abrechnungen stets gestimmt und er auch pünktlich mit der Abrechnung zugegen war. Ueber das Ergebnis der näheren Untersuchungen werde ich Sie in Kenntnis setzen.

Herr G.-R. Steinbrecher stellt namens des Wirtschaftsrates fest, daß die Bohnen jedenfalls nicht aus dem Bestande der Wirtschaftswaren der Stadt Steyr sind, da diese solche Mengen gar nicht zur Verfügung habe.

Weiters ersucht Herr G.-R. Steinbrecher gegen das Auftreten der Tanzepidemie, besonders gegen die Tanzschulen eindämmend zu wirken.

Herr Bürgermeister Wokral erwidert, daß diese Angelegenheit sehr peinlich sei; erst in allerjüngster Zeit befassen sich Vereinigungen mit Veranstaltung von Tanzabenden, die sich früher nie dazu hergegeben haben; es sei schwer, gegen solche durch einen Verein veranstaltete Tanzarrangements aufzutreten. Die Angelegenheit wird aber jedenfalls geprüft und ein zurückhaltender Standpunkt eingenommen werden.

Herr G.-R. Schörkhuber ersucht, durch Kundmachungen die Hausbesitzer auf den Bestand des Wohnungsamtes aufmerksam zu machen, da dasselbe fast vollständig ignoriert wird.

Herr Bürgermeister sagt zu, Kundmachungen anfertigen zu lassen und dieselben mit dem Auftrage an die Hausbesitzer auszugeben, daß die Kundmachungen in den Hausfluren angeschlagen werden, wobei auf die nachteiligen Folgen der Nichtbefolgung von Aufträgen und Anforderungen des Wohnungsamtes hingewiesen werden wird. Tatsache ist, daß sich wiederholt Personen um Einreisebewilligung mit der Behauptung bewerben, daß sie seit Monaten in Steyr eine Wohnung gemietet haben und dadurch den Zweck und die Aufgaben des Wohnungsamtes und der Wohnungsfürsorge zu umgehen trachten. In der bezüglichen Kundmachung wird auf die Unstatthaftigkeit eines solchen Vorganges und darauf hinzuweisen sein, daß Unkenntnis nicht vor dem Gesetze schützt.

Hierauf erfolgt um 5 Uhr nachmittags Schluß der Sitzung.

Die Vorsitzenden:

J. Wokral.

Dedic.

Die Beglaubiger:

Alois Lebeda. **Michael Neuhold.**

Der Schriftführer:

C. Ridler.

Tagblatt-Druckerei, Steyr.